

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Stuttg. Sonntagsbeilage

Postensprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eich, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staadtitz, Threna u.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 8 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbefreiungsgeldes. Anzeigenpreis: die fünfgespaltene Korpuszeile 12 Pfg. An erster Stelle und für außerhalb der Amtshauptm. Grimma 15 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung. Beilagegebühren nach Abrechnung. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Druck und Verlag: G. & C. in Naunhof.

Nr. 17.

Sonntag, den 11. Februar 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 wird folgende Verordnung erlassen:
Bilddienstpflichtige, die im Garnisonwachdienst, im Bahn- und Brückendienst beschäftigt sind, erhalten das Recht zum Waffengebrauch und zur vorläufigen Festnahme.

Dresden und Leipzig, den 5. Februar 1917.

Die stellv. kommandierenden Generale
des XII. Armeekorps des XIX. Armeekorps.
v. Brodzem. v. Schweinitz.

Bestandsaufnahme von Rohlrüben.

Bei den Angaben über die am 10. Februar vorhandenen Rohlrüben sind die Zentner Rohlrüben, die zu Trocknungszwecken dienen, gesondert aufzuführen.

Grimma, 8. Februar 1917.

K. 150 a.

Der Bezirksverband
der königlichen Amtshauptmannschaft.
Amtshauptmann v. Bocke.

Immer, die Bedarf an Zucker zur Bienenfütterung für das Jahr 1917 haben, haben diesen bis spätestens zum

15. Februar 1917

bei dem örtlich zuständigen Imkerverein — nicht bei dem Bezirksverbande — anzumelden. Diese Anmeldung hat bei den Vereinen auch von denjenigen Imkern zu geschehen, die nicht Mitglieder eines Vereines sind.

Für jedes überwinterte Volk werden als Höchstmenge 6 1/2 kg Zucker für das Jahr zugewiesen.

Die Anmeldung hat auf besonders vorgeschriebenen Formularen zu erfolgen, die sich jeder Imker nebst dem vollständigen Erklärungschein bei dem örtlich zuständigen Imkerverein zu verschaffen hat.

Anmeldungen, die verspätet oder nicht in der vorgeschriebenen Form eingehen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Grimma, 5. Februar 1917.

515 L.

Der Bezirksverband
der königlichen Amtshauptmannschaft.
Amtshauptmann v. Bocke.

Butterverkauf.

Die Butter für die Zeit vom 12. bis 18. Februar wird
Montag, den 12. Februar 1917
nach den auf den Speisefettkarten gedruckten Nummern abgegeben bei

Frau Minna Schirach, Bahnhofstraße 18

normittags 8—10 Uhr für Karten Nr. 1—600

normittags 10—12 Uhr für Karten Nr. 601—1100

Frau Anna Haase, Lange Straße 9

vormittags 8—10 Uhr für Karten Nr. 1101—1700

vormittags 10—12 Uhr für Karten Nr. 1701—2200

Frau Bertha Wiegner, Lange Straße 54

vormittags 8—10 Uhr für Karten Nr. 2201—2700

vormittags 10—12 Uhr für Karten Nr. 2701 und darüber.

Ein Teil der Bevölkerung muß Margarine nehmen. Es hat jede Händlerin einen entsprechenden Vorrat. Die Wahl zwischen Butter und Margarine bleibt soweit die Vorräte reichen, den Abnehmern überlassen.

Es kostet ein Pfund Butter 2 M 55 S und ein Pfund Margarine 2 M — S.

Naunhof, am 10. Februar 1917.

Der Bürgermeister.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen 3. diesjährigen Sitzung ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von dem Gutachten des hygienischen Instituts in Leipzig über im Monat Januar entnommene Leitungswasserproben, wonach die Zusammenfassung des Wassers als durchaus einwandfrei bezeichnet wird, wurde Kenntnis genommen.

2. Man nahm davon Kenntnis, daß wegen der Versorgung der Stadt Naunhof mit Wasser eine Veränderung insofern eintreten soll, als infolge Arbeitermangels bis auf weiteres an Sonntagen das Wasser aus dem Werk I geliefert wird.

3. Das Angebot des Schleinischen Biographischen Verlags Berlin „Das Königreich Sachsen“ wurde abgelehnt.

4. Der im Jahre 1915 entstandene Fehlbetrag der Armenkasse in Höhe von 2995 Mk. 71 Pfg. wurde aus der Stadtkasse bewilligt.

5. Wegen der sich nähernden Vornahme von Stadtverordneten-Stellvertreter-Wahlen wurde vorgeschlagen, die Wahl Sonntags, den 3. März d. J. vorzunehmen.

6. Die Bezahlung der Vermessungskosten bei der Herstellung des Brandiser Weges in Höhe von 81 Mk. 30 Pfg. aus der Stadtkasse, wurde genehmigt. Von der Einziehung der anteiligen Kosten, die auf die einzelnen Anlieger entfallen würden, soll abgesehen werden.

7. Mit dem Entwurfe einer Quittung wegen Zahlung von 1400 Mk. an Herrn Dr. Seyd erklärte man sich einverstanden. Wegen der Restzahlung von 500 Mk. wurde die Entschädigung verlagert. Von der an die Firma Schmidt Sohn abgegebenen Quittung vom 3. d. M. nahm man Kenntnis.

8. Von dem Stande der Rohlvorräte in der Gasanstalt und der Heizvorräte im Rathaus nahm man Kenntnis, auch von den Maßnahmen wegen Streckung dieser Vorräte. In der Gasanstalt soll bis auf weiteres täglich 1 hl Kohls an je einen Abnehmer gegeben werden.

Hierauf geheime Sitzung.

Naunhof, am 10. Februar 1917.

Der Stadtgemeinderat.

Realschule und Progymnasium zu Grimma.

Anmeldungen für Ostern 1917 werden noch im Februar vormittags entgegengenommen. Vorzulegen sind Geburts- oder Taufzeugnis, Impfschein, letzte Zensur.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gesellschaft.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.
Einlagen auf Sparbücher: Tgl. Verzinsung 4 %.
Jähr. Abkündigung 4 1/2 %. Größere Einlagen nach Vereinbarung.
Zinspender 44. Geschäftszeit: 9—1 Uhr. Postfachkonto: Leipzig Nr. 10 783.

Bittere Wahrheiten für Wilson.

Eine Note Schwedens.

Das bemerkenswerteste Ereignis in der weiteren Entwicklung der deutsch-amerikanischen Schwierigkeiten ist die Note, die der schwedische Minister des Auswärtigen dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten in Christiania überreichte. Die Note nimmt zunächst Bezug auf den Vorschlag Wilsons, sich seinem Vorgehen gegenüber anzuschließen und fährt dann fort:

Die Politik, die die Regierung des Königs während des Krieges befolgt hat, ist ihrem unparteilichen Neutralitätsprinzip treu geblieben. Die königliche Regierung hat alles ihr mögliche getan, um treu alle Pflichten zu erfüllen, die ihr diese Politik auferlegt und gleichzeitig hat sie, soweit möglich, die Rechte geltend gemacht, die daraus abzuleiten sind.

Um ein praktisches Ergebnis zu erzielen, hat die königliche Regierung die Prinzipien des Völkerrechts aufrechterhalten, sich mehrmals an die neutralen Mächte gewandt, um zu einem Zusammenarbeiten zu dem genannten Zwecke zu gelangen. Insbesondere hat die Regierung nicht unterlassen, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten. Mit Bedauern hat die Regierung des Königs festgestellt, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubt haben, sich diesen Vorschlägen anzuschließen.

Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge haben zu einem Entschluß von gemeinsamen Maßnahmen zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien geführt. In der Politik, die die Regierung des Königs zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und zur Sicherung der legitimen Rechte des Landes befolgt, ist die Regierung des Königs, die ein Herz hat für die unerschütterlichen Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten, bereit, jede sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um zur Verhütung eines neuen dauernden Leidens beizutragen. Sie hat sich daher bereit, sich der edlen Initiative des Vizepräsidenten anzuschließen zu dem Zwecke, die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Kriegführenden zu prüfen.

Der Vorschlag, der den Gegenstand des gegenwärtigen Schriftwechsels bildet, gibt als Ziel die Abföhrung der Uebel des Krieges an. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat als Mittel, zu diesem Ziel zu kommen, ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundgedanken steht, die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der königlichen Regierung geleitet haben.

Die Regierung des Königs, die sich stütze auf die Meinung der Union, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargelegt wurde, will in Zukunft wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber den beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen, und wird nicht umhin zu verlässen genügt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern.

Ob die freimütige Sprache dieses Dokuments in Washington verstanden wird? In nicht mißzudeutender Weise hält es den Vizepräsidenten der nordamerikanischen Union einen Spiegel vor und was er darin sieht, möchte geeignet sein, sein politisches Gewissen zu ernster Einlese zu zwingen. Aber es geht ja gar nicht um Gewissen, sondern um die materiellen Interessen derjenigen amerikanischen Kreise, als deren Wortführer sich Wilson gefühlt. Und deshalb ließe er alle Rechtsbrüche, alle Vergewaltigung der Neutralität, alle Rücksichtslosigkeiten der englischen Kriegs-

führung ruhig geschehen, wendet sich jetzt aber mit großem Aufwand an Vothos und gespielter Entrüstung gegen Deutschland, wenn es zu notgedrungenen Vergeltungsmahregeln gegen das britische Unrecht greift. Das alles und noch einiges mehr rückt die schwedische Note ins rechte Licht und dieses Schriftstück wird infolgedessen in der Geschichte dieses Krieges einen hervorragenden und ehrenvollen Platz einnehmen.

Die Abreise der Votschafter.

Berlin, 9. Februar.

Nach einer hier eingetroffenen Nachricht wird sich der Votschafter Graf Bernstorff mit dem diplomatischen und konsularischen Personal am 13. d. Mts. in New York auf dem Dampfer „Friedrich VIII.“ der skandinavischen Linie einschiffen.

Der amerikanische Votschafter Gerard wird mit dem Personal der Votschaft Berlin in diesen Tagen verlassen.

Schutz der deutschen Interessen.

Der Schutz der deutschen Interessen im feindlichen Auslande, insofern er bisher von den Vereinigten Staaten ausgeübt wurde, ist im allgemeinen von der Schweiz, für Rußland und auch für Argentinien von Schweden, ferner in Marokko für die französische Zone und für die Tanger-Zone von den Niederlanden übernommen worden. Die Regelung der Vertretung unserer Interessen in einzelnen Gebieten oder Orten, wo die Schweiz diese nicht übernehmen kann, bleibt vorbehalten. — Den Schutz der amerikanischen Interessen im Reich sowie den bisher von den Vereinigten Staaten wahrgenommenen Schutz der Japaner, Rumänen und Serben hat die spanische Regierung übernommen, so daß deren Vertretungen jetzt hierfür ebenso, wie bereits für den Schutz der Russen, Franzosen, Belgier und Portugiesen, zuständig sind. Dagegen ist die Wahrnehmung der britischen Interessen auf die niederländische Gesandtschaft und die niederländischen Konsulate übergegangen.

Holländische Erklärungen.

Amsterdam, 9. Februar.

In der Zweiten Kammer sagte im Namen der Regierung der Ministerpräsident Cort van der Linden: Die holländische Regierung hat sich während des Krieges unverändert an die Regeln des Völkerrechts gehalten. Das Recht ist, bleibt Recht! Bei dieser Auffassung muß es gleichgültig sein, durch wen das Recht gebrochen wird. Die Regierung hat nicht unterlassen, jedesmal, wenn den Interessen der Niederlande Abbruch getan wurde, gegen das völkerrechtswidrige Auftreten der betreffenden kriegführenden Nation aufs ernstlichste zu protestieren. Namentlich ist die Regierung für den Grundsatze der Freiheit der Meere eingetreten. Die Regierung hat jedoch ebenso wenig wie bei früheren Kriegen jetzt einen Grund gefunden, ihre bisher befolgte internationale Politik zu ändern. Die Regierung hält fest an einer Politik strikter Neutralität, die ihr unverbrüchliche Unparteilichkeit zur Pflicht macht.

Die Haltung der Südamerikaner.

Bern, 9. Februar.

Der Gesandte Brasiliens bei der Schweiz, Rio Branco, erklärte dem Vertreter der Schweizerischen Telegrapheninformation, ein Bruch mit Deutschland sei nicht wahrscheinlich. Argentinien, Brasilien und Chile haben in einer Konferenz in Rio den Text einer offiziellen Mitteilung an Wilson festgelegt und werden weiter gemeinsam vorgehen. Eine Kriegserklärung Brasiliens hält der Gesandte für unbedingt unwahrscheinlich. Auch von einer Beschlagnahme deutscher Schiffe wird vorläufig sicher noch abgesehen.

Was in Amerika vorgeht.

Nach einer Depesche der „Associated Press“ aus Washington habe Wilson Schritte getan, damit die Haltung der Regierung während dieser gespannten Periode eine Haltung ruhiger Überlegung und über jede Kritik erhaben bleibe. Es wird amtlich bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung sehr darauf sehen wird, daß Deutschland und alle anderen fremden Länder keinen gerechtfertigten Grund zu einer Klage haben sollen. Allgemeine Anweisungen sind an die Beamten der Bundesregierungen in allen Teilen des Landes ergangen, um jede übereilte Handlung zu vermeiden, und nichts zu tun, was nicht ganz geziemend ist.

Keine Beschlagnahme der deutschen Schiffe.

In New York aus Washington eingetroffene Depeschen finden es im Hinblick auf die übertriebenen und irreführenden Berichte über die einschüßenden, seit Abbruch der Beziehungen zu Deutschland ergriffenen Verwaltungsmahnahmen bezeichnend, daß die hartnäckigen Meldungen über die bevorstehende Beschlagnahme der durch den Krieg in amerikanischen Häfen festliegenden Schiffe eine autorisierte Erklärung hervorgerufen haben, daß ein solcher Schritt nicht einmal erwogen werde.

Was die Beschlagnahmen der Maschinen der deutschen internierten Schiffe durch die Besatzungen anlangt, so erkennt die Regierung das Recht der deutschen Kommandanten dazu an, falls die unbrauchbar gemachten Schiffe die Schiffahrt nicht behinderten oder in Gefahr brachten.